

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	60
		<b>TOP:</b>	15
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	1360/2021 Neufassung
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	16.02.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Dr. Mayer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>"ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" (Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg) - Verlängerung der Ermächtigung zur Einstellung von Personal und Fortführung des Projekts ab 01.03.2022</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 14.02.2022, öffentlich, Nr. 16  
 Ergebnis: einmütige Zustimmung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 07.02.2022, GRDRs 1360/2021 Neufassung, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Das Sozialamt der Landeshauptstadt Stuttgart wird vom Gemeinderat beauftragt, mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg, die in Anlage 1 beigefügte Vereinbarung abzuschließen, damit die Landeshauptstadt Stuttgart unter den in der o. g. Vereinbarung genannten Bedingungen als Modellstandort an dem Projekt "ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" des Ministeriums für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg weiterhin teilnimmt und das derzeit zum 28.02.2022 endende Projekt ab 01.03.2022 bis zum 31.12.2022 fortführen kann.
2. Vom zusätzlichen Personalbedarf im Umfang von 75 % einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe 13 TVöD zur weiteren Teilnahme an dem Projekt "ReFIT - Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" wird Kenntnis genommen. Das Sozialamt wird ermächtigt, außerhalb des Stellenplans, befristet für den Förderzeitraum

vom 01.03.2022 bis 31.12.2022 eine Beschäftigte/einen Beschäftigten im Umfang von 75 % einer Vollzeitkraft in der Entgeltgruppe 13 TVöD einzustellen. Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich des Förderbescheids durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und nur in der Höhe des darin bewilligten Stellenanteils. Der Personalbedarf wird vom Ministerium für Soziales und Integration in der Entgeltgruppe 13 TVöD gefördert.

EBM Dr. Mayer stellt fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag ohne Aussprache einstimmig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
*Sozialamt*  
weg. GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*